

„Our Land, Our Nature“: Forderungen für einen menschen- rechtebasierten Naturschutz

Bei dem alternativen Kongress „Our Land, Our Nature“ – der im September 2021 im Vorfeld eines Treffens der Weltnaturschutzunion (IUCN) stattfand – kamen zahlreiche Expert*innen und Aktivist*innen aus allen Erdteilen in Marseille on- und offline zusammen. Sie zeigten dort eindrücklich, warum Naturschutz sich dekolonisieren und mit der Tradition des „Festungsnaturschutzes“ brechen muss, um seine Ziele zu erreichen und Menschenrechte zu wahren.

Wie die Schritte zu einem menschenrechtebasierten Naturschutz aussehen könnten, schildern die Teilnehmenden im „Marseille Manifest: Ein Manifest der Menschen für die Zukunft des Naturschutzes“:

- Die internationale Gemeinschaft muss sich darauf verständigen, die Einrichtung neuer Schutzgebiete, die indigene und lokale Gemeinschaften ausschließen, zu stoppen.
- Regierungen müssen die Land- und Waldrechte der indigenen Völker in vollem Umfang respektieren, schützen und aufrechterhalten sowie die kollektive gewohnheitsmäßige Land- und Waldnutzung durch lokale Gemeinschaften respektieren, um den Schutz dieses Landes in Übereinstimmung mit ihren Wünschen zu gewährleisten. Dies sollte weltweit das wichtigste Instrument zum Schutz der biologischen Vielfalt sein.
- Regierungen und Naturschutzorganisationen dürfen keine Naturschutzprojekte ohne die vollständige freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) der betroffenen Gemeinschaften umsetzen.
- Naturschutzorganisationen müssen, wie alle Organisationen aus anderen Bereichen, Vorschriften unterliegen und sich an geregelte Verhaltenskodizes halten, um sicherzustellen, dass der Naturschutz nicht ein „Zweck“ ist, der alle Mittel rechtfertigt, um ihn zu erreichen.
- Regierungen und Naturschutzorganisationen müssen den enormen Preis anerkennen, den ausschließende Schutzgebiete für das Land, den Lebensunterhalt und die Rechte vieler Gemeinschaften weltweit gefordert haben. Sie müssen konkrete Pläne für die Entschädigung vergangenen Unrechts entwickeln, unter anderem durch die Rückgabe der Kontrolle an die historischen und lokalen Bewohner*innen.
- Die Industriestaaten müssen sich auf eine Verringerung – und nicht nur auf eine Verlagerung – des Abbaus von Ressourcen für Produktion und Konsum einigen und dies ihren Unternehmen vorschreiben, um ihre Umweltbelastungen zu verringern.
- Regierungen und Unternehmen müssen die Nutzung fossiler Brennstoffe beenden und die Versuche aufgeben, ihre Emissionen durch falsche Behauptungen, dass „naturbasierte“ Kompensationen den Klimawandel abmildern würden, zu verschleiern.
- Multinationale Unternehmen und Naturschutzorganisationen müssen ihre menschenrechtliche Sorgfaltspflicht ernst nehmen, um Menschenrechtsverletzungen zu erkennen, zu verhindern, abzumildern und Rechenschaft darüber ablegen, wie sie damit umgehen. Sie müssen wirksame Beschwerde- und Wiedergutmachungsmechanismen für Opfer von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit ihren Aktivitäten einrichten.
- Umwelt- und Klimapolitik – ob im eigenen Land oder auf internationaler Ebene – muss sowohl unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit als auch der ökologischen Wirksamkeit konzipiert und bewertet werden. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, ein gerechtes, ausgewogenes und nachhaltiges Wohlergehen für den Menschen und alle anderen Arten auf unserem gemeinsamen Planeten zu ermöglichen.
- Mensch und Natur sind untrennbar miteinander verbunden und der Schutz der Natur sollte Teil eines größeren Anliegens sein: Wie wir leben wollen und wie eine Welt aussehen kann, in der ein gesundes Leben für alle möglich ist.